



An den Grossen Rat

19.5378.02

WSU/P195378

Basel, 25. September 2019

Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2019

Interpellation Nr. 86 Eduard Rutschmann betreffend „Unterbringung von Sozialhilfebezüglern an der Rheingasse“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 11. September 2019)

„Gemäss Medienberichten über den Brand an der Liegenschaft Rheingasse 17 in Basel waren dort Sozialhilfebezüglern untergebracht, teils unter hygienisch und baulich ausgesprochen miserablen Zuständen. Schon im Mai 2018 berichtete die TagesWoche mit dem Artikeltitel "Acht Quadratmeter über 950 Franken – der Horror in der Sozialabzocker-Pension" über die Liegenschaft.

Ich ersuche den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kann der Regierungsrat darlegen, unter welchen Bedingungen generell Wohnbeiträge an Sozialhilfeempfänger ausbezahlt werden?
2. Kann der Regierungsrat darlegen, auf welche Art und Weise Wohnraum für Sozialhilfeempfänger seitens des Kantons akquiriert wird?
3. Gibt es wohnbauliche und gesetzliche Mindeststandards, welche die Wohnungen erfüllen müssen?
4. Weshalb befinden sich Wohnungen von mutmasslich drogenabhängigen Sozialhilfebezüglern häufig in unmittelbarer Nähe von mutmasslichen Drogenumschlagsplätzen wie bspw. der Rheingasse, Sperrstrasse, Ochsengasse oder dem Klingentalgraben?
5. Ist dem Regierungsrat in der nun abgebrannten Liegenschaft eine Häufung von Todesfällen bekannt?
6. Warum wurden seitens der Behörden nach den Medienberichten aus dem Jahr 2018 keine Massnahmen zur Verbesserung der Zustände ergriffen?
7. Bestand zwischen der Sozialhilfe Basel-Stadt und dem Eigentümer der Liegenschaft eine vertragliche Vereinbarung für die Vermietung der Wohnungen an Sozialhilfebezüglern? Falls ja, wie lange dauerte diese Vereinbarung schon an, was war deren Inhalt und in welchem finanziellen Umfang wurde der Eigentümer entschädigt.

Eduard Rutschmann“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitende Ausführungen

Die Sozialhilfe ist das letzte Netz der sozialen Sicherheit und funktioniert nach dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Es wird nur so viel an materieller und immaterieller Hilfe gewährt, wie sinnvoll und notwendig ist. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass es sich bei der Sozialhilfe um eine überbrückende Leistung handelt, bis jemand seine wirtschaftliche Existenz wieder selber sichern kann. Aus diesem Grund wird in der Regel der anhand der geltenden Vorschriften individuell berechnete Anspruch an die berechtigte Person ausbezahlt. Diese verwendet die Mittel eigenverantwortlich. Einzige Ausnahme bilden die Kosten der Krankenversicherungen, welche direkt von der Sozialhilfe an die Versicherung bezahlt werden. Diese Ausrichtung trägt dazu bei, die grösstmögliche Selbständigkeit der Klientinnen und Klienten zu erhalten. Dies ist auch im Hinblick auf eine mögliche Ablösung von der Sozialhilfe zentral.

Neben der materiellen Hilfe hat die Sozialhilfe den gesetzlichen Auftrag, persönliche Hilfe, zum Beispiel in Form von Beratung, zu leisten. Dies beinhaltet jedoch keine aufsuchende Hilfe. Die Klientinnen und Klienten werden ausschliesslich in den Räumlichkeiten der Sozialhilfe beraten und unterstützt, somit werden auch keine Wohnverhältnisse überprüft.

In erster Linie ist es die Verantwortung und Aufgabe des Vermieters, seine Liegenschaft, für welche er Einnahmen erzielt, in einem anständigen Zustand zu halten. Diese Verantwortung kann er nicht an den Staat delegieren. Die Sozialhilfe würde ihre Klientinnen und Klienten jedoch unterstützen, falls diese gegen ihre Vermieter wegen ungenügenden Wohnverhältnissen vorgehen wollen. Dies passiert aber nur sehr selten.

Der Regierungsrat hat vor kurzem ein Pilotprojekt lanciert, welches die verschiedenen Behörden rund um das Wohnen zusammenführt, um koordiniert gegen prekäre Wohnverhältnisse vorgehen zu können. Die mit involvierten Behörden sind neben der Sozialhilfe und der KESB vor allem das Gesundheitsdepartement mit den medizinischen Diensten (Wohnhygiene) und der Abteilung Sucht, das Bau- und Verkehrsdepartement mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat (Baubewilligungen und -kontrolle) und auch die Gebäudeversicherung inkl. Feuerpolizei. Das Projekt ist auf 3,5 Jahre angelegt und startete im August 2019. Im Fokus des koordinierten Vorgehens stehen in erster Linie die Eigentümer.

2. Beantworten der einzelnen Fragen

Frage 1: Kann der Regierungsrat darlegen, unter welchen Bedingungen generell Wohnbeiträge an Sozialhilfeempfänger ausbezahlt werden?

Bedingung dafür, dass Wohnkosten übernommen werden, sind der nachgewiesene Lebensmittelpunkt in Basel-Stadt sowie die Bedürftigkeit gemäss § 3 Sozialhilfegesetz (SHG).

Beim Umfang der wirtschaftlichen Hilfe orientiert sich der Kanton Basel-Stadt gemäss §7 SHG an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). In den kantonal geltenden Unterstützungsrichtlinien des Departements für Wirtschaft Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt (URL) sind die Details festgehalten.

Die Wohnkosten sind in Ziff. 10.4 der URL geregelt: Bei Personen, die in privaten Haushalten leben, werden die effektiven Kosten des Mietzinses gemäss Mietvertrag übernommen bis zum maximalen Grenzwert. Für einen 1-Personen-Haushalt liegt dieser Grenzwert seit 1. Juli 2019 bei 770 Franken netto. Für möblierte Wohnungen kann der Grenzwert um maximal 20 Prozent überschritten werden.

Die Suche nach einer geeigneten Wohnung sowie der Abschluss eines Mietvertrages liegen in der Verantwortung des Sozialhilfebezügers bzw. der Sozialhilfebezügerin. Praktisch alle Personen, die Sozialhilfe beantragen, haben bereits eine Wohnung angemietet. Die Sozialhilfe selber

hat weder eigenen Wohnraum, den sie zur Verfügung stellen kann, noch sucht sie Wohnungen für ihre Klientinnen und Klienten. Sie ist auch nicht Vertragspartei in den Mietverträgen.

Frage 2: Kann der Regierungsrat darlegen, auf welche Art und Weise Wohnraum für Sozialhilfeempfänger seitens des Kantons akquiriert wird?

Wie unter Frage 1 erläutert, akquiriert die Sozialhilfe keinen Wohnraum für ihre Klientinnen und Klienten. Sie hat jedoch eine Leistungsvereinbarung mit dem Verein IG Wohnen, welcher bei der Wohnungssuche und der Tragbarkeitsrechnung unterstützt, wenn das jemand alleine nicht schafft.

Die Sozialhilfe verfügt selber über rund 140 Notwohnungen, welche sie bei einer drohenden Räumung für sechs Monate als Übergangslösung vermieten kann. Diese Wohnungen stehen aber allen Familien in Notsituationen in Basel-Stadt zur Verfügung. Sie befinden sich im Portfolio der Immobilien Basel-Stadt und werden lediglich durch die Sozialhilfe bewirtschaftet.

Frage 3: Gibt es wohnbauliche und gesetzliche Mindeststandards, welche die Wohnungen erfüllen müssen?

Weder das Sozialhilfegesetz noch die kantonalen Unterstützungsrichtlinien enthalten Vorgaben für Minimalstandards von Wohnungen. Neben den Anforderungen des Bau- und Planungsrechts für Neubauten gibt es keine weiteren Minimalstandards. Und auch gesundheitspolizeilich gibt es keine fixen Mindeststandards für Wohnungen - die Beurteilung erfolgt jeweils objektbezogen durch Fachpersonen aufgrund von Meldungen der Mieterschaft.

Frage 4: Weshalb befinden sich Wohnungen von mutmasslich drogenabhängigen Sozialhilfebezügern häufig in unmittelbarer Nähe von mutmasslichen Drogenumschlagsplätzen wie bspw. der Rheingasse, Sperrstrasse, Ochsenegasse oder dem Klingentalgraben?

Die Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger sind auf dem freien Wohnungsmarkt oft benachteiligt und können kaum wählen, wo sie eine bezahlbare Wohnung mieten können. Ganz besonders gilt das für Personen mit einer schweren Suchtmittelerkrankung. Viele Verwaltungen sind nicht bereit, ihnen Wohnraum zu vermieten.

Frage 5: Ist dem Regierungsrat in der nun abgebrannten Liegenschaft eine Häufung von Todesfällen bekannt?

In den letzten zehn Jahren sind auf dem Friedhof am Hörnli sechs Verstorbene mit der Adresse Rheingasse 17 gemeldet worden.

Frage 6: Warum wurden seitens der Behörden nach den Medienberichten aus dem Jahr 2018 keine Massnahmen zur Verbesserung der Zustände ergriffen?

Der Fachbereich Wohnungswesen des Gesundheitsdepartements kann gestützt auf §51 und 51a Gesundheitsgesetz bei konkreter Meldung von betroffenen Mietern und Mieterinnen über Missstände oder Schädlinge in Liegenschaften Kontrollen vor Ort durchführen und die erforderlichen Massnahmen zu deren Bekämpfung ergreifen. Dabei steht der direkte Schutz der betroffenen Personen vor einer Gesundheitsgefährdung im Vordergrund.

Konkrete Beobachtungen zu prekären Wohnverhältnissen können somit den Behörden gemeldet werden. Bei der Liegenschaft Rheingasse 17 lag keine derartige Anzeige vor.

Der Handlungsbedarf im Bereich prekäre Wohnverhältnisse wurde in den letzten Jahren erkannt. Damit künftig Abklärungen und allfällige Massnahmen bei Hinweisen auf prekäre Liegenschaftsverhältnisse koordiniert in die Wege geleitet werden können, wurde – wie bereits einleitend angesprochen – eine Koordinationsstelle bei der Sozialhilfe geschaffen. Diese wird künftig bei privaten Liegenschaften mit den zuständigen kantonalen Dienststellen, der Eigentümerschaft und weiteren Akteuren Kontakt aufnehmen, die Vernetzung sicherstellen und mögliche Unterstützung bzw. notwendige Massnahmen zur Mängelbehebung koordinieren. Dabei steht der Erhalt des Wohnraums für die betroffenen Personen im Vordergrund. Mit diesem Vorgehen sollen Liegenschaften mit prekären Wohnverhältnissen im Kanton Basel-Stadt systematisch erfasst und die Zusammenarbeit mit der Eigentümerschaft gesucht werden.

Frage 7: Bestand zwischen der Sozialhilfe Basel-Stadt und dem Eigentümer der Liegenschaft eine vertragliche Vereinbarung für die Vermietung der Wohnungen an Sozialhilfebezüger? Falls ja, wie lange dauerte diese Vereinbarung schon an, was war deren Inhalt und in welchem finanziellen Umfang wurde der Eigentümer entschädigt.

Nein, die Sozialhilfe hatte und hat weder mit dem Eigentümer der Liegenschaft an der Rheingasse noch mit anderen Immobilien-Eigentümern eine Vereinbarung. Die Suche und Miete von Wohnungen liegt in der Verantwortung der Klientinnen und Klienten.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin